

## Satzung

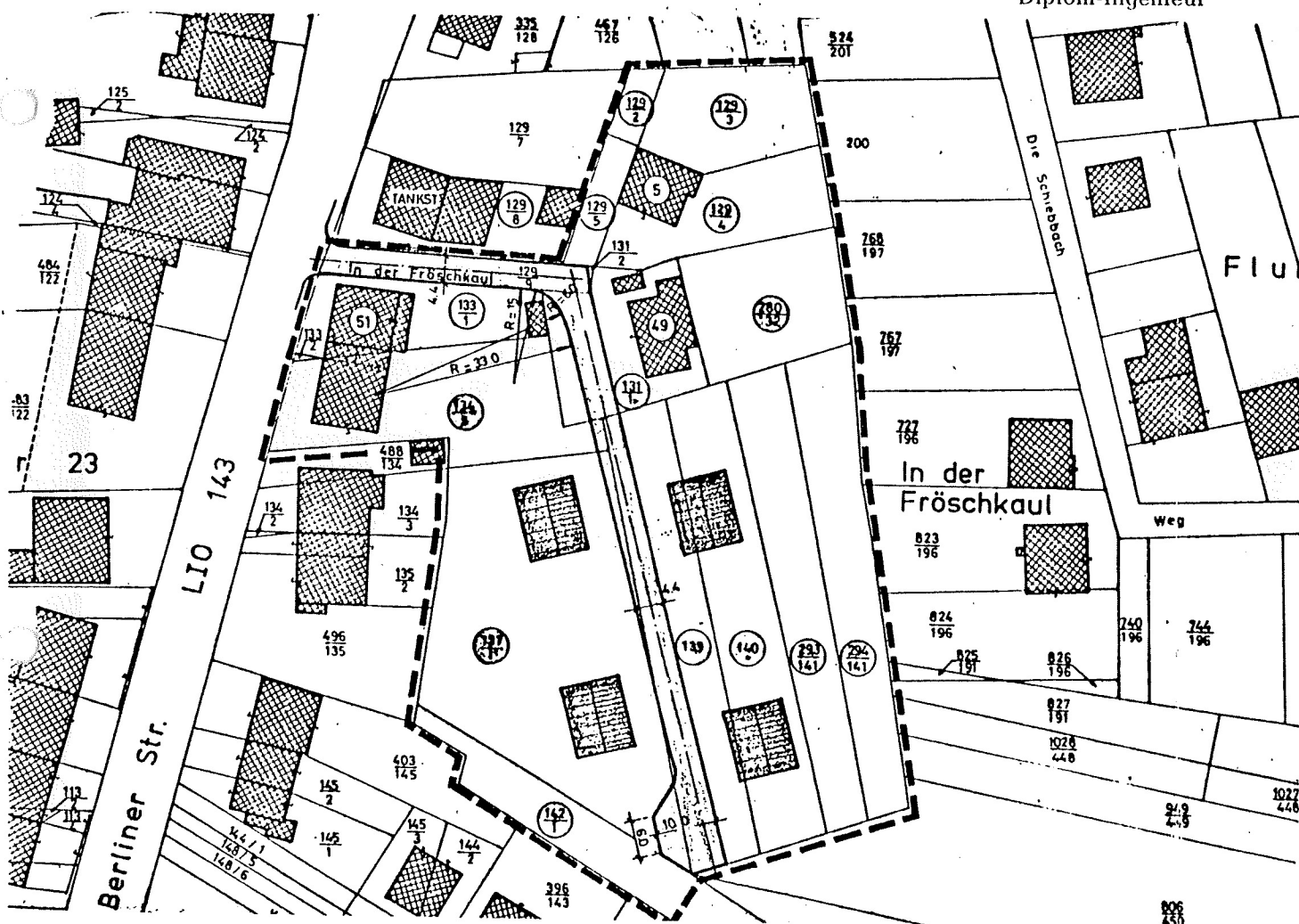
### über die Festlegung der Grenzen für den im Zusammenhang bebauten Ortsteil im Bereich der Straße „In der Fröschkaul“ im Gemeindebezirk Hüttersdorf der Gemeinde Schmelz

Auf Grund des § 34 Abs. 2 Bundesbaugesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. August 1976 (Bundesgesetzblatt I S. 2256) in Verbindung mit § 12 des Kommunal Selbstverwaltungsgesetzes in der Fassung vom 2. Januar 1975 (Amtsbl. S. 49) hat der Gemeinderat der Gemeinde Schmelz mit Genehmigung des Herrn Minister für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen am 8. Februar 1979 folgende Satzung beschlossen:

#### § 1

Die Grenzen für den im Zusammenhang bebauten Ortsteil im Bereich der Straße „In der Fröschkaul“ im Gemeindebezirk Hüttersdorf werden wie folgt festgelegt:

In diese Satzung einbezogen werden von Flur 23 der Gemarkung Hüttersdorf die Parzellen 142/1, 294/141, 293/141, 140, 139, 137/1, 131/1, 280/132, 129/4, 129/3, 129/2, 129/5, 129/8, 133/1 und 134/5.



Gemäß § 34 Abs. 2 i. V. mit § 16 Abs. 2 des Bundesbaugesetzes wird die Satzung über die Festlegung der Grenzen für den im Zusammenhang bebauten Ortsteil im Bereich der Straße „In der Fröschkaul“ im Gemeindebezirk Hüttersdorf der Gemeinde Schmelz öffentlich bekanntgemacht.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 1 Satz 1 und 2 des Bundesbaugesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. August 1976 (BGBl. I. S. 2256) über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diese Satzung und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

#### § 2

Bestandteil dieser Satzung ist der beiliegende Lageplan M. 1:625, in dem die in Frage kommenden Parzellen besonders gekennzeichnet sind.

#### § 3

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Schmelz, den 13. Februar 1979

Bürgermeister:  
Schmitt

#### Saarland

Der Minister für Umwelt,  
Raumordnung und Bauwesen

Vorstehende Satzung wird gemäß § 34 Abs. 2 des Bundesbaugesetzes — BBauG — vom 18. 8. 1976 (BGBl. I S. 2256) genehmigt.

Saarbrücken, den 22. 3. 1979

Az.: D/6-6259/79 Kl/Bc  
i. A.: Würker  
Diplom-Ingenieur

Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes beim Zustandekommen der Satzung, mit Ausnahme der Vorschriften über die Genehmigung und die Bekanntmachung ist unbeachtlich, wenn die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschrift nicht innerhalb eines Jahres seit Inkrafttreten der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht wird.

Schmelz, den 13. September 1979

Der Bürgermeister:  
Schmitt